

SPD-Stadtratsfraktion | Rathausplatz 2 | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Marcus König
Rathaus
90403 Nürnberg

Nürnberg, 28. Juli 2025
Antragsteller: Dr. Ahmed, Kayser

Baustellenmanagement

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Belastung durch Baustellen im öffentlichen Raum ist für viele Bürgerinnen und Bürger spürbar. Sei es durch Staus, Umwege, Unübersichtlichkeit oder den Eindruck von mangelndem Baufortschritt. Gerade in einer wachsenden Großstadt wie Nürnberg, die gleichzeitig ihre Infrastruktur modernisieren, klimafest machen und digitalisieren muss, steigt die Zahl notwendiger Baustellen kontinuierlich an.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass Bauvorhaben transparent, effizient und nachvollziehbar abgewickelt werden. Bürgerinnen und Bürger haben ein berechtigtes Interesse daran, zu wissen: Warum wird gebaut? Wie lange wird gebaut? Wer ist verantwortlich? Und: Passiert überhaupt etwas auf der Baustelle?

Ein modernes Baustellenmanagement muss diese Fragen ernst nehmen. Andere Städte – wie München, Kopenhagen oder Paris – zeigen, dass durch digitale Werkzeuge, verbindliche Fristen und gezielte Anreize für Bauunternehmen eine höhere Akzeptanz und Effizienz erreichbar ist.

Mit unserem Antrag wollen wir auch in Nürnberg ein solches Instrumentarium verankern: mit klarer Kommunikation, verbindlichen Regeln und einer Steuerung, die dem öffentlichen Raum wieder mehr Verlässlichkeit gibt – für Fußgänger, Radfahrende, den ÖPNV und den motorisierten Verkehr.

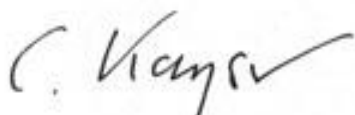
Wir wollen, dass die Menschen sehen: Diese Baustelle ist notwendig, sie wird vorangetrieben, und sie wird nicht länger dauern als nötig. Das schafft Vertrauen und reduziert Frust.

Wir stellen daher zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

1. Transparenz durch QR-Code an Baustellen: Bei Baustellen ab drei Wochen Dauer sollen Bauherr, Zweck, Zeitplan und Ansprechperson per Tafel und QR-Code einsehbar sein – so wie es in Skandinavien, Frankreich oder zunehmend auch in München gehandhabt wird.
2. Verbindliche Startpflicht: Wer absperrt, muss auch bauen. Spätestens 5 Werktage nach Absperrung muss begonnen werden, sonst wird zurückgebaut.
3. Progressive Sondernutzungsgebühren: Wer den öffentlichen Raum lange blockiert, zahlt mehr. Damit wird schnelleres Arbeiten belohnt und unnötige Dauer unattraktiv gemacht.
4. Stillstands-Sanktionen: Wenn über 20 Werktage kein Fortschritt sichtbar ist, müssen Genehmigung und Gebühren überprüft, ggf. Baustellen zurückgebaut werden.
5. Die Verwaltung prüft, ob eine digitale Baustellenübersicht auf nuernberg.de mit Live-Status und einfacher Rückmeldemöglichkeit für Bürgerinnen und Bürger errichtet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Christine Kayser
Fraktionsvorsitzende



Dr. Nasser Ahmed
Fraktionsvorsitzender